



Presseschau vom 20.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

de.sputniknews.com: Trump weist „aufrichtigen Vorschlag“ von Putin zurück.

US-Präsident Donald Trump hat laut der Sprecherin des Weißen Hauses Sarah Sanders den Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin zurückgewiesen, Verhöre einer Reihe von Bürgern nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu ermöglichen. Dies berichtet die Webseite „The Hill“.

„Das ist ein von (Russlands Staatschef) Wladimir Putin gemachter aufrichtiger Vorschlag, aber Präsident Trump stimmt nicht zu“, sagte Sanders.

„Hoffentlich lässt Präsident Putin die zwölf genannten Russen in die USA kommen, damit man ihre Unschuld oder Schuld beweist“, fügte sie hinzu.

Beim Helsinki-Gipfel zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Donald Trump schlug Putin vor, dem Sonderstaatsanwalt Robert Mueller mit dem Verhör der neulich im Rahmen der Wahleinmischungsermittlungen angeklagten russischen Offiziere zu helfen, indem russische Ermittler unter Anwesenheit der Vertreter von Muellers Team die verklagten Mitarbeiter der Geheimdienste vernehmen würden.

Im Austausch würde der Kreml Hilfe von US-Ermittlern bei den Gerichtsverfahren gegen einige Amerikaner verlangen. Darunter nannte er die Firma „Hermitage Capital“ von William Browder, die etwa 1,5 Milliarden Dollar in Russland verdient und Steuern hinterzogen habe.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse** und **Prischib**.
Geschossen wurde mit Granatwerfern.

de.sputniknews.com: Referendum im Donbass? Bloomberg lüftet Putins Angebot an Trump. Russlands Präsident Wladimir Putin soll während des Treffens in Helsinki seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump als eine Variante für die Regelung der Krise im Donbass vorgeschlagen haben, ein Referendum durchzuführen. Dies berichtet die Agentur „Bloomberg“.

Über diesen Vorschlag soll Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem geschlossenen Treffen im Gebäude des russischen Außenministeriums in Moskau verschiedene Amtsleute und Diplomaten in Kenntnis gesetzt haben, so Bloomberg unter Berufung auf zwei Quellen, die dabei waren.

Der Vorschlag des russischen Präsidenten wird demnach die Klärung der Statusfrage der selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk bezwecken. Damit die Einwohner dieser Regionen ihre Meinung dazu frei äußern können, solle die Abstimmung unter der Ägide der internationalen Gemeinschaft durchgeführt werden.

Laut einer Quelle von Bloomberg soll der amerikanische Staatschef Donald Trump darum gebeten haben, diese Initiative nicht bei der Pressekonferenz in Helsinki zu besprechen. Dies sei notwendig gewesen, damit der US-Präsident Zeit haben könne, die Initiative zu „überdenken“.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat demnach darauf verzichtet, diese Information zu kommentieren. Gegenüber Bloomberg sagte er, dass die beiden Staatschefs bei ihrem Treffen in Helsinki „einige neue Ideen“ zur Ukraine besprochen hätten. „Sie werden daran arbeiten“, zitiert ihn die Agentur...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32120/47/321204734.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 19. Juli 3:00 Uhr bis 20. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja, Dokutschajewsk, Dolomitnoje, Golmowskij, Spartak**. Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Nowotroizkoje auf Dokutschajewsk wurden Infrastrukturobjekte und Transportmittel auf dem Territorium des

Dokutschajewsker Gesteinskombinats in der Thälmann-Straße 2 beschädigt:

- Dach des Depots;
- Verwaltungsgebäude;
- Lokomotive.

Nach genaueren Informationen wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Dolomitnoje folgende Häuser beschädigt:

- Sagorodnaja-Straße 8 – Eckfenster beschädigt;
- Bolnitschnaja-Straße 15 – Schaden an einer Wand;
- Archipow-Straße 3/2 – Dach und Heizung beschädigt;
- Paladin-Straße 4 – Schäden an der Fassade eines Wirtschaftsgebäudes;
- Paladin-Straße 6 – Schäden an der Fassade eines Wirtschaftsgebäude.

Außerdem wurde während des nächtlichen Beschusses von Dokutschajewsk die Wand einer Garage in der Suworow-Straße 9 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bis jetzt nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 140. Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 86.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung – der „Brot“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: So kann Ukraine Nord Stream 2 stoppen – Überraschender Vorschlag aus Kiew:

Die ehemalige Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Anna German, hat den Sender „NewsOne“ darüber aufgeklärt, wie Kiew den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 stoppen kann.

Laut der Politikerin sind die ukrainischen Behörden heute nicht in der Lage, die Beziehungen zu Moskau wiederherzustellen. Deshalb sei es notwendig, vorgezogene Parlamentswahlen durchzuführen und „vernünftige“ Menschen ins Parlament zu wählen.

„Wenn die Ukraine Nord Stream 2 stoppen will, muss sie unverzüglich alles tun, um die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland in eine vernünftige Richtung zurückzubringen. Das heutige Parlament kann es nicht tun. Wenn man eine vorgezogene Parlamentswahl durchführt und vernünftige Menschen dort hineinwählt, wenn man das Konzept der Beziehungen mit Russland überdenkt, wenn man beginnt, nach einem Kompromiss zu suchen, und wenn man diesen Kompromiss findet, dann können wir Nord Stream 2 stoppen“, sagte German gegenüber „NewsOne“.

Sie betonte außerdem, falls das Projekt umgesetzt werde, werde Kiew „die Aussicht seiner Staatlichkeit“ verlieren.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen. Die Pipeline soll im Jahr 2019 in Betrieb genommen werden.

Gegen das Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehören die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit russischen Gases bangt, und die USA, die ambitionierte Pläne zum Export von Flüssiggas nach Europa hegen. Lettland, Litauen und Polen haben gemeinsam ihren Unwillen über den Bau der neuen Pipeline geäußert.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32103/32/321033252.jpg>

Dan-news.info: „Die zwei Kinder und ihre Großmutter, die gestern Abend auf eine Granate geraten sind, sind auf dem Weg der Besserung. Ihr Zustand ist stabil“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Die Umstände des Geschehens werden derzeit aufgeklärt.

de.sputniknews.com: Asowsches Meer zu verminen? Duma-Politiker zu „Aggressionsakt“ aus der Ukraine:

Der Ex-Oberkommandeur der ukrainischen Marine Sergej Gajduk hat gegenüber dem „Gromadsjke Radio“ erklärt, dass es notwendig sei, das Asowsche Meer zu verminen. Nun kommentierte der Abgeordnete der Staatsduma (russisches Unterhaus) Dmitri Belik diese Aussagen.

Gajduk hatte zuvor erklärt, dass die durch das Asowsche Meer verlegten „Explosions- und Nichtexplosionsabsperungen“ es ermöglichen, Verluste des Landes durch die Tätigkeit russischer Militärschiffe zu verhindern und die Ukraine vor einer potentiellen Anlandung russischer Streitkräfte zu sichern.

Laut dem Abgeordneten der Staatsduma Dmitri Belik lebt der ukrainische Admiral mit taktischen Ideen aus dem vorvorigen Jahrhundert. „Die Verlegung von Minen entlang unseren Grenzen sowie der Fakt der Verminung der Wasserfläche sind ein deutlicher Akt der Aggression. Die Idee solcher Verminungen in der Region sagt dabei viel über den Dilettantismus in Marinefragen“, erklärte er gegenüber Sputnik.

„Ich würde dies als Akt der Aggression gegen die internationale Schifffahrt in der Region bezeichnen“, fügte der Politiker hinzu.

Später äußerte sich dazu das Mitglied des Verteidigungsausschusses in der Staatsduma Iwan Teterin:

„Es ist eine weitere Wahnidee einer weiteren Amtsperson. Die Ukraine hat wegen ihrer Kraftlosigkeit und weil sie nichts tun können, nur einen Gedanken: Wie kann man noch eine Laus in den Pelz setzen?“

Er betonte mehrmals, dass sich darin die Kraftlosigkeit der ukrainischen Behörden einschließlich der Sicherheitskräfte ausdrücke, jegliche Probleme zu lösen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31687/25/316872576.jpg>

Nachmittags:

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 14. bis 20. Juli 2018:

In der letzten Woche fanden auf den Truppenübungsplätzen der Donezker Volksrepublik Wettbewerbe von Mörsermannschaften statt. In den Einheiten wird weiter erfolgreich ein Wettbewerbselement bei der Ausbildung der Soldaten eingebracht.

In den letzten 24 Stunden ist die Lage an der Kontaktlinie weiter angespannt geblieben.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers Klotschkow ein weiteres Mal zielgerichtet das Feuer auf zivile Infrastrukturobjekte in **Dokutschajewsk** eröffnet, auf das vier Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert wurden, außerdem hat der Gegner aktiv Schützenpanzerwaffen eingesetzt, es wurden 70 Schüsse registriert. Außerdem wurde **Staromichajlowka** beschossen, das mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, auch mit großkalibrigen, beschossen wurde. In Folge von Beschuss wurden ein Gebäude und technische Einrichtungen des Dokutschajewsker Gesteinskombinats beschädigt.

In **Richtung Mariupol** wurde **Kominternowo** von Seiten der ukrainischen Kämpfer beschossen. Die ukrainischen Terroristen aus der 36. Marineinfanteriebrigade unter Anführerschaft von A. Gnatow haben mit Granatwerfern verschiedener Art und großkalibrigen Schusswaffen auf die Ortschaft geschossen.

Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 30 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** festgestellt. Auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** der Republik hat der Gegner 44 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert, es wurden aktiv Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen, darunter auch großkalibrige und Scharfschützenwaffen, eingesetzt.

In dem genannten Zeitraum **starb ein Verteidiger des Donbass und einer wurde verletzt**. Trotz des gültigen „Brotwaffenstillstands“ vernichten die Kiewer Straftruppen weiter zynisch die friedliche Bevölkerung des Donbass.

In der vergangenen Woche hat ein weiteres Verbrechen der ukrainischen Truppen gegen die friedlichen Bürger des Donbass breite öffentliche Resonanz hervorgerufen.

Am 16. Juli erlitten infolge von zielgerichtetem Beschuss auf Wohngebiete von Dokutschajewsk Walentina Iwanowna Tubol, geb. 1955, und ein 9 Monate altes Kind

zahlreiche Splitterverletzungen.

Es ruft Verwunderung hervor, dass die Beobachter der OSZE-Mission, die sich in der Konfliktzone befanden, um die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen zu kontrollieren, dieses Verbrechen in keinem einzigen ihrer Berichte festgehalten haben. Es kommt die Frage der „Unvoreingenommenheit“ und Effektivität ihrer Arbeit auf.

Wir rufen die Weltöffentlichkeit auf, auf die Anführer der ukrainischen Banden einzuwirken, sie zu zwingen, die „verbotenen Waffen“ abzuziehen und die regelmäßigen Beschüsse von Ortschaften der Republik einzustellen.

Wir hoffen, dass die Führung der OSZE-Mission operative Maßnahmen ergreift und in Zukunft objektiv alle Verbrechen der ukrainischen Henker, die die Einwohner der Republik, Frauen, alte Leute und selbst Kinder, für Verbrecher halten, sich zynisch über deren Verletzungen freuen und ihr Leiden als Aktivposten ihrer Siege festhalten, registrieren. So haben ukrainische Massenmedien nach den gestrigen tragischen Ereignissen mit der Verletzung von Kindern in Gorlowka durch die Detonation eines Granatgeschosses in grober, höhnischer Form in Bezug auf die verletzten Kinder freudig triumphiert, ohne dabei nur einen Tropfen an Mitgefühl und Menschlichkeit zu zeigen.

Am 6. Juli haben wir während der Pressekonferenz über den ungesetzlichen Waffenhandel von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte berichtet und unsere Informationen durch eine Demonstration von Beutemaschinengewehren vom Typ Kalaschnikow und einer Liste mit Nummern der verkauften Waffen bestätigt.

Diese Umstände und die Empörung der ukrainischen Öffentlichkeit hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte gezwungen, eine komplexe Überprüfung der Raketenartilleriewaffenlager der Verbände, die an der OOS beteiligt sind, auf den Lagerbestand der Waffen hin vorzunehmen.

Im Verlauf einer Überprüfung in der 24. mechanisierten Brigade wurde ein Fehlbestand von 43 Kalaschnikow-Gewehren und 18 Granatwerfern entdeckt. In den Lagern der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Berdjansk fehlten mehr als 50 verschiedene Waffen, darunter fünf großkalibrige Maschinengewehre.

Die Kontrolle geht weiter. Festgenommene Funktionsträger legen Geständnisse ab, wohin und wem die Waffen verkauft wurden.

Nach unseren Informationen wurde bei vorläufigen Ermittlungen festgestellt, dass die Waffen in die Volksrepubliken sowie an ukrainische Verbrecher und nationalistische Gruppierungen verkauft wurden. Die Beunruhigung Kiews in dieser Frage ist verständlich. Im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden die bewaffneten nazistischen Banden ein gewichtiges „Argument“ für politische Konkurrenten und zukünftige Schlachten darstellen. Enttäuscht durch das Ergebnis der Gespräche der Präsidenten Russlands und der USA zur ukrainischen Frage hat P. Poroschenko auf seiner Twitter-Seite geschrieben, dass wenn sich die ganze internationale Gemeinschaft von der Ukraine abwendet, die aggressive Politik gegenüber dem Donbass durch eine Verstärkung der ukrainischen Armee fortgesetzt wird. Ich wage es Herrn Poroschenko zu versichern, dass unsere Armee um einiges kampffähiger ist als die ukrainische und im Fall einer Aggression werden wir seine Armeewählerschaft auf ein Bruchteil verringern.

de.sputniknews.com: Trump droht mit Zöllen auf Waren aus China im Umfang von 500 Milliarden Dollar.

US-Präsident Donald Trump hat gedroht, Zölle auf China-Importe im Wert von 500 Milliarden Dollar zu erheben. Dies teilte die Agentur Reuters unter Verweis auf den US-Fernsehsender CNBC mit.

„Die USA liegen gewaltig zurück“, so Trump in einem Interview mit CNBC. Er sei „bereit, bis 500 zu gehen“. Damit erwäge er, chinesische Waren im Umfang von 500 Milliarden US-Dollar mit Einfuhr-Zöllen zu belegen, so Reuters.

Zuvor war berichtet worden, dass die USA bereits chinesische Importe im Wert von 34 Milliarden Dollar mit Zöllen belegt haben. Peking verhängte daraufhin Strafzölle gegen US-Importe in gleicher Höhe.

Laut Reuters drückte die neue Drohung von Trump an den Börsen bereits die US-Futures ins Minus.

Dan-news.info: Die Ursache für die Unterbrechung der Vodafone-Verbindung im Donbass ist eine Störung an einem Faseroptik-Kabel in Slawjansk, die Reparaturarbeiten laufen, teilte der Pressedienst des Kommunikationsministeriums der DVR mit

„Nach Informationen unserer Kollegen aus dem Kommunikationsministerium der LVR ist eine große Störung an der optischen Leitung im Gebiet von Slawansk erfolgt. Die Reparaturarbeiten laufen schon“, heißt es in der Mitteilung.

Wir erinnern daran, dass das Vodafone-Signal auf dem Gebiet der DVR und der LVR heute Morgen ausgesetzt hat.

de.sputniknews.com: Eklat: Afghanischer Botschafter mit Wissenslücken fordert Entschuldigung von Moskau.

Das afghanische Volk erwartet von Russland eine Entschuldigung – wegen Fehlern, die die UdSSR vor 40 Jahren angeblich begangen hat. Dies sagte der afghanische Russland-Botschafter Abdul Kayum Kuchai im russischen Parlament. Es ist nicht das erste Mal, dass der Diplomat durch abstruse Erklärungen auffällt, die offensichtlich auf Unwissen basieren. Ein Einwurf ohne Beispiel, dafür mit unbegründeten Ansprüchen ist das, was der afghanische Botschafter im russischen Parlament gesagt hat. Bei einem Besuch der LDPR-Fraktion in der Duma erklärte der Diplomat: „Wir rechnen damit, dass Russlands Regierung das afghanische Volk in gewisser Weise um Entschuldigung bittet ... Eine derartige Erklärung wäre einer echten Vertiefung und Festigung unserer Beziehungen zuträglich.“

Was Russland aus Sicht des afghanischen Botschafters angeblich verschuldet hat, liegt bald 40 Jahre zurück: „Wir sind daran interessiert, dass unsere Beziehungen sich weiterentwickeln, dass einstige Fehler sich nicht wiederholen. Solche Fehler etwa, wie sie 1979 passierten“, sagte Kuchai. In Afghanistan kamen 1978 „linke Kräfte“ an die Macht, „die in Wirklichkeit überhaupt nicht links waren“. Sie seien nur von der Machtgier getrieben gewesen. „Indem sie diese Regierung anerkannte, machte die UdSSR ihren ersten Fehler.“ Die Regierung sei dann auch eine „Marionettenregierung“ gewesen, so der Diplomat.

Der zweite Fehler der UdSSR sei die Entsendung von Truppen nach Afghanistan 1979 gewesen, fuhr der Botschafter fort. „Über zwei Millionen Afghanen und eine große Zahl sowjetischer Soldaten“ seien infolgedessen gestorben, „die gesamte Infrastruktur des Landes“ sei zerstört worden.

Eine deutlich wahrnehmbare offizielle Reaktion auf diesen Eklat hat es in Russland nicht gegeben. Der LDPR-Chef Wladimir Schirinowski – für seine wortgewaltigen Auslassungen zur Außenpolitik berühmt – schweigt bislang. Auch das Außenministerium hat sich noch nicht geäußert.

Der einzige, der die Forderung des afghanischen Botschafters kommentiert hat, ist der Sondervertreter des russischen Präsidenten zu Afghanistan, Samir Kabulow:

„Natürlich wird Russland niemanden um Entschuldigung bitten. Die Sowjetregierung erkannte die neue Regierung Afghanistans an und baute ein normales Verhältnis zu ihr auf. Die Truppenentsendung kam später, infolge bestimmter Schritte, die gegen diese Regierung unternommen worden waren. Diese Erklärung stiftet nichts als Aufregung und Verwirrung“, sagte der Sondervertreter im Gespräch mit „Sputniknews“.

Seit über 40 Jahren ist Samir Kabulow im diplomatischen Dienst tätig. Seit 1983 ist er in Afghanistan eingesetzt, verhandelte in den Neunzigerjahren mit den Taliban, war von 2004 bis 2009 russischer Botschafter in Kabul. Der Hauptgrund, warum es nichts gibt, wofür

Russland sich entschuldigen müsste, ist seiner Ansicht nach der, dass die Sowjettruppen damals auf eine Bitte der afghanischen Regierung hin nach Afghanistan entsandt worden waren (auf gleicher Grundlage, auf der russische Truppen heute in Syrien aktiv sind). Neben diesem wichtigen Aspekt gibt es noch etliche gewichtige Gründe, warum die Forderung des afghanischen Diplomaten ins Leere läuft. Denn damals unterstützte Moskau nicht nur die legitime afghanische Regierung, sondern leistete auch humanitäre Hilfe für das afghanische Volk. Es war die Sowjetunion, die den Bau von Straßen und Betrieben in Afghanistan finanzierte – und Forschung im Lande vorantrieb: Der erste und einzige afghanische Raumfahrer wurde mit sowjetischer Unterstützung in den Erdorbit geschickt, zur Weltraumstation „Mir“.

Die Hilfe der Sowjets war lang vor dem Einmarsch der Truppen nach Afghanistan gekommen und blieb dort noch einige Zeit nach deren Abzug. Mit anderen Worten: Die russischen Barbaren brachen in die Bergdörfer von Afghanistan herein und hinterließen dort nichts als Städte, Bibliotheken und Universitäten. Und Schulden: Elf Milliarden US-Dollar hätte die afghanische Regierung der damaligen Sowjetunion und später Russland zahlen müssen – bis die russische Führung diese Schulden 2007 einfach annullierte.

Die Sowjetunion zerstörte die Infrastruktur Afghanistans nicht, sie baute sie auf. Zerstört wurde sie von den Mudschaheddin, mit aktiver Unterstützung aus Pakistan und den Vereinigten Staaten. Und seit dem 11. September 2001 herrscht in dem Land Bürgerkrieg, mit tatkräftiger Beteiligung der Nato-Truppen. Die Infrastruktur wird aufgebaut und augenblicklich wieder zerstört. Die USA greifen regelmäßig auch zivile Objekte an – wofür sie sich bisweilen sogar wirklich entschuldigen.

Der Vorwurf des afghanischen Botschafters an Russland ist insofern abwegig. Aber es ist nicht seine erste Anklage dieser Art. Es seien die Russen und die tadschikische Mafia, die hinter dem Drogenanbau in Afghanistan steckten, sagte Abdul Kayum Kuchai in einem Interview im Januar letzten Jahres. Im selben Interview unterstellte er Russland auch noch, die ehemalige Sowjetrepublik Tadschikistan kolonisiert zu haben: „Tadschikistan ist ein kleiner Staat, wo weniger als fünf Millionen Menschen leben, von denen eine Million Russen sind. Die Kultur in diesem Land ist russisch, Russisch ist auch die Amtssprache. Die Tadschiken haben nicht mal das Recht, in ihrer eigenen Sprache zu schreiben, sie haben sogar ihre Schrift verändert“, sagte der Botschafter.

Auffällig ist, dass der afghanische Botschafter sich bei seiner Einschätzung längst veralteter Daten bedient. Weniger als fünf Millionen Menschen lebten in Tadschikistan vor 1988 – heute sind es über neun Millionen, trotz aller Bürgerkriege und der Arbeitsmigration nach Russland und in die anderen GUS-Staaten. Von den einstigen fünf Millionen waren rund 400.000 – also keine halbe Million – Russen. Die meisten von ihnen verließen das Land 1992, nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges. Heute leben in Tadschikistan höchstens 35.000 russischstämmige Bürger.

Was die Landessprache angeht: Die Tadschiken schreiben auf Tadschikisch, aber in kyrillischer Schrift. Etwa so wie die Afghanen keine eigenen, sondern die persischen Buchstaben nutzen, um das Dari in Schrift zu fassen.

Jedenfalls wurden nach diesem Interview Forderungen nach Abzug des Botschafters aus Russland laut. Ein afghanischer Abgeordneter sagte der russischen Zeitung „Iswestija“: „Die Aussagen von Herrn Abdul Kuchai sind inakzeptabel. Tadschikistan und Russland sind einige der Länder, die Afghanistan besonders nahestehen. Wir haben sehr gute Beziehungen zu diesen Staaten. ... Die Aussagen des Herrn Botschafters geben seine persönliche Meinung wieder. Es handelt sich dabei weder um die Position des afghanischen Staates noch des Parlaments noch des afghanischen Volkes.“

Dnr-online.ru: Wie das frontnahe Ilowajsk die Periode der militärischen Zuspitzung zu Beginn des Konflikts zwischen der DVR und der Ukraine überstand, mit welchen Verlusten es aus der

ukrainischen Besatzung kam und wie es heute lebt und welche Erfolge es beim Wiederaufbau und der Entwicklung gibt, berichtete in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der Bürgermeister von Ilowajsk Sergej Mukownin.

„Natürlich ist im Sommer 2014 ein großer Teil der Einwohner unserer Stadt, hauptsächlich mit kleinen Kindern, weggegangen. Aber der Hauptteil der männlichen Bevölkerung ist trotzdem geblieben, trotz des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte. Das erste Mal wurde die Stadt an einem hohen kirchlichen Feiertag beschossen, am Tag von St. Petrus und St. Paulus. Es war ein schöner warmer Tag und nichts hat auf das Unglück hingewiesen. Damals gab es auch die ersten Opfer und Zerstörungen.

Von 116 mehrstöckigen Häusern sind alle 116 in unterschiedlichem Ausmaß beschädigt worden. Und Ende August war in unserer Stadt kein einziges Fenster mehr heil, auch nicht im privaten Sektor. Die Stadt lebt bis heute mit den Malen des Krieges an jedem Haus. Weil die Stadt hauptsächlich aus dem privaten Sektor besteht, ist ein sehr großer Teil der Häuser bis auf die Grundmauern niedergebrannt (etwa 300); teilweise im Ergebnis von Geschosdetonationen und so, dass sie nicht mehr bewohnt werden können, etwa 70%“, berichtete Sergej Mukownin.

Heute werden nach seinen Worten an der Mehrheit der mehrstöckigen Häuser Wiederaufbauarbeiten an Dächern und Fenstern durchgeführt.

„Aus objektiven Gründen, die mit der militärischen und der ökonomischen Situation in der Republik zusammenhängen, gibt es in der Stadt noch zerstörte mehrstöckige Häuser, deren Wiederaufbau noch nicht begonnen hat. Aber die Wiederaufbauarbeiten in der Stadt laufen aktiv im gesamten Zeitraum. In der nächsten Zeit werden soziale Objekte „schlüsselfertig“ wiederaufgebaut, namentlich Kindergärten und das Krankenhaus sowie einige Mehrparteienwohnhäuser“, sagte der Bürgermeister.

Sergej Mukownin berichtete auch über den traurigen Zustand der Eisenbahn, die ein grundlegender Teil der Transportinfrastruktur der Stadt war, und über die Pläne für deren Wiederaufbau.

de.sputniknews.com: Russische Regierung bildet Abteilung für Eindämmung der Auswirkungen von Sanktionen.

Die Regierung der Russischen Föderation bildet unter dem Dach des Finanzministeriums eine Abteilung zur Eindämmung der negativen Auswirkungen von antirussischen Sanktionen. Ein entsprechendes Dekret hat der russische Premierminister Dmitri Medwedew unterzeichnet. Demnach sollen die Abteilung sowie das Finanzministerium insgesamt die Befugnis bekommen, eng mit Behörden anderer Staaten sowie mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Vor allem soll die Abteilung Personen und russischen Unternehmen, die unter die westlichen Sanktionen geraten sind, bei der Bewältigung der negativen Folgen helfen.

Wörtlich zu den neuen Funktionen heißt es im Dekret:

„Das Finanzministerium soll die interinstitutionelle Koordinierung bei der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zur Eindämmung negativer Auswirkungen (...) im Finanzsektor“ leiten.

Bereits im April sprachen Vertreter des russischen Finanzministeriums davon, dass eine Abteilung gebildet werden könnte, um die von westlichen Sanktionen betroffenen Unternehmen zu unterstützen.

Zu dem Zeitpunkt war es allerdings nicht klar, im Rahmen welcher größeren Struktur die neue Behörde aktiv werden würde.

Dnr-online.ru: Nach genaueren Informationen wurden heute Morgen um 10:00 in Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Sajzewo Nord auf **Sajzewo Süd** mit Mörsern des Kalibers 82mm bei einem Wohnhaus in der Poletajew-Straße149 das

Dach, sowie Decke, Wände und Fußboden beschädigt. Außerdem wurde in dem Haus ein nicht detoniertes Mörsergeschoss des Kalibers 82mm gefunden, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

de.sputniknews.com: „Wir arbeiten daran“ – Trump freut sich auf zweites Treffen mit Putin. Die Vorbereitungsarbeiten für das zweite Treffen mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin laufen laut US-Präsident Donald Trump bereits.

„Ich würde sagen, wir arbeiten daran“, sagte Trump bezüglich eines zweiten Gipfels mit Putin in einem Interview mit dem Sender CNBC. Zudem erinnerte er an sein letztes Gespräch mit Putin:

„Wir hatten ein großartiges Treffen, ich denke, es gab eine sehr gute Pressekonferenz, trotz der Fake News. Ich glaube wirklich, dass mir die Pressekonferenz sehr gut gelungen ist.“

Trump fügte hinzu, er habe eine gute Beziehung zu Putin und spreche mit ihm eine gemeinsame Sprache.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, teilte auf Twitter mit, Trump habe den Nationalen Sicherheitsberater John Bolton damit beauftragt, Putin im Herbst nach Washington einzuladen.

Trump hatte zuvor getwittert, er freue sich auf einen zweiten Gipfel mit Putin, um mit der Umsetzung einiger der „vielen bereits besprochenen Dinge zu beginnen“. Dabei sollen solche Themen wie der Kampf gegen den Terrorismus und gegen Cyberattacken, die Lage im Nahen Osten und in der Ukraine, Handelsfragen und die Eindämmung der Verbreitung von Atomwaffen behandelt werden.

Das erste Vollformat-Treffen zwischen Putin und Trump fand am 16. Juli in Helsinki statt. Die Verhandlungen dauerten fast vier Stunden. Beide Staatschefs lobten die Gespräche als erfolgreich.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32161/68/321616848.jpg>

Mil-Inr.info: Wochenpressekonferenz des Leiters der Koordination des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko:

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Arbeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert. **In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen zweimal das**

Regime der Feueinstellung verletzt und Granatwerfer verschiedenen Typs verwendet. Beschossen wurden die Positionen der Volksmiliz der LVR in den Gebieten von **Frunse** und

Prischib.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 15 mal das Regime der

Feuereinstellung verletzt. Es wurde mit Granatwerfern verschiedener Art, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen geschossen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 130 Geschosse abgefeuert.

In der letzten Woche wurden von Seiten der ukrainischen Truppen die Gebiete von **Losowoje, Kalinowka, Frunse, Shelobok, Sokolniki, Prischib, Slawjanoserbs und Kalinowo** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Tatus, der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade Grusewitsch und der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade Wojtschenko.

Unter Nutzung der Feuereinstellung von Seiten der Einheiten der Volksmiliz im Rahmen des „Brotwaffenstillstands“ verlegt das ukrainische Kommando weiter Waffen in die Zone der Strafoperation an die Kontaktlinie und zwar in folgenden Gebieten:

Swetlodarsk – es wurden getarnte Panzer, Artilleriegeschütze und Schützenpanzer der ukrainischen Streitkräfte in Stärke einer Bataillonsgruppe entdeckt:

Nowotoschkowskoje – es wurden Feuerpositionen von zwei Mörsermannschaften des Kalibers 82mm und ein Mannschaft eines Abwehrgeschützes 3U23-3 entdeckt;

Nowoswanowka – die Positionen einer Mörserbatterie des Kalibers 120mm, zwei Schützenpanzer.

Am 18. Juli wurde im Gebiet von Solotoje-4 die Verlegung einer Kontrolle Waffen und Technik des Gegners aus dem 3. Bataillon der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte mit 2 Schützenpanzerwagen, einem Schützenpanzer und drei Lastwagen mit Personal und Material bemerkt. Diese Fakten bestätigen den Unwillen der ukrainischen Seite, einen friedlichen Dialog zu führen und die Vereinbarungen zur Regelung der Situation im Donbass zu erfüllen. Nach unseren Informationen wurden im Gebiet von Artjomowsk auf der Basis der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Übungen für Drohnenoperatoren durchgeführt. Im Verlauf der Übungen wurden Fragen der Erhöhung der Effektivität der Luftaufklärung sowie der Organisation der Zusammenarbeit mit Artillerie- und Mörsereinheiten geübt.

Die praktische Bearbeitung der Übungsfragen wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen in der Nähe der Kontaktlinie im Gebiet von Snamenka und Swetlodarsk durchgeführt.

Außerdem haben die ukrainischen Straftruppen aus der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Luftaufklärung mit Drohnen des Typs „Leleka-100“ im Gebiet von Nowotoschkowskoje betrieben. Diese Maßnahmen werden vom ukrainischen Kommando durchgeführt, um Objekte zum Angriff ausfindig zu machen, die Qualität der Tarnung ihrer Positionen und Technik, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, zu kontrollieren.

Im Zusammenhang damit schließen wir eine Zunahme des provokativen Beschusses in der nächsten Zeit nicht aus.

Der Prozess der friedlichen Regelung wird durch die systematische **Heranziehung von NATO-Instrukteuren zur Ausbildung ihrer Truppen durch die Kiewer Regierung** erschwert. Die Intensität, mit der die ausländischen Spezialisten die militärischen Objekte der „unabhängigen“ Ukraine besuchen, zeugt davon, dass **die westlichen Länder die Ukraine aktiv als Übungsplatz** zum Test perspektivreicher Methoden der Kriegsführung und zur Erprobung neuer Arten von Waffen und Technik **nutzen**.

Wir haben festgestellt, dass in der Nähe von Alexandrowka im Staniza-Luganskaja-Bezirk in einem Waldstück eine Basis liegt, auf der eine gut ausgestattete und technisch versehene NATO-Aufklärungseinheit stationiert ist. Die westlichen Instrukteure bilden die ukrainischen Truppen in einer realen Situation aus und nutzen als gegnerische Ziele die Positionen nazistischer Bataillone und der eigenen Truppen. Gleichzeitig werden solche Angriffe genutzt, um die Volksmiliz der Verletzung des „Brotwaffenstillstands“ zu beschuldigen. Im Gebiet von Swetlodarsk ist etwa ein Zug ausländischer Kämpfer aus baltischen Ländern

und Ländern Osteuropas stationiert.

Auf der Basis des 169. Ausbildungszentrums der ukrainischen Streitkräfte „Desna“ findet unter Führung von NATO-Instrukteuren die Ausbildung von Scharfschützen der 57. und 58. Panzergrenadier- und der 10. Gebirgssturmbrigade statt, die in der Folge in die Zone der Strafoperation im Donbass geschickt werden.

Ein weiteres Mal will ich unterstreichen, dass ein Versuch, den Konflikt auf gewaltsamem Weg zu lösen nur zu zahlreichen Opfern auf beiden Seiten führen wird.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte sinkt die Disziplin weiter ab und die Menge der nicht kampfbedingten Verluste wächst.

Bei unvorsichtigem Umgang mit der Waffen und Munition starben drei Soldaten des 2. Bataillons der 72. Brigade aufgrund der Explosion einer Granate.

Ein Soldat der 53. Brigade starb bei Montagearbeiten an einem Lastwagen, ein weiterer wurde schwer verletzt.

Im Gebiet von Gejewka, Staniza-Luganskaja-Bezirk, beging ein Soldat der 59. Brigade Selbstmord, indem erst sich mit seiner Dienstwaffe erschoss.

Alle Vorfälle werden sorgfältig gegenüber der übergeordneten Führung sowie den Verwandten der Toten verheimlicht, denen man erklärt, sie seien bei Kampfaufgaben gefallen.

Während der Arbeit einer Kommission des Stabs der Strafoperation wurden in der 72. Brigade festgestellt, dass die Personalausstattung nur 60% des Standards beträgt.

Ursachen dieser Situation sind die Korruption bei den Kommandeuren aller Ebenen sowie die moralische und physische Erniedrigung des Personals, was dann zu Desertionen und Selbstmorden führt.

Außerdem fehlt aufgrund der unzureichenden Ausstattung fast vollständig eine medizinische Versorgung bei den Besatzungstruppen. Einfache Medikamente fehlen.

Seit Anfang Juli sind in der Mehrheit der ukrainischen Einheiten die Fälle von Masernerkrankungen gestiegen. Es werden zahlreiche Fälle von Magen- und Darminfektionen festgestellt, was die Kommandeure „vergessen“ dem übergeordneten Kommando zu berichten.

Nach unseren Informationen ist das 59. Militärhospital in Nowoajdar überfüllt. Die Kranken liegen in Korridoren und Nebengebäuden.

Wir unternehmen unter Berücksichtigung der Situation an der Kontaktlinie die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung unserer Aufgaben zum Erhalt der territorialen Integrität der Republik und des Lebens unserer Bürger.

In der letzten Woche wurden in der Volksmiliz Spezialübungen mit den Einheiten im Hinterland durchgeführt, bei denen Fragen der Organisation der Arbeit bei der rückwärtigen Versorgung unter Feldbedingungen bearbeitet wurden.

Die Volksmiliz leistet der Bevölkerung in den Ortschaften an der Kontaktlinie weiter humanitäre Hilfe. In dieser Woche erhielten die Einwohner von Frunse Unterstützung.

...

de.sputniknews.com: Deutschland ist wohl bewusst: Russland-Sanktionen sind kontraproduktiv – Botschafter:

In Deutschland wächst laut dem russischen Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, das Bewusstsein, dass die Russland-Sanktionen kontraproduktiv sind.

„Ein erheblicher Teil der europäischen Öffentlichkeit ist sich des kontraproduktiven Charakters der Sanktionspolitik gegenüber Russland bewusst und erkennt an, dass es keine Alternative zu einem konstruktiven Dialog mit unserem Land gibt. Diese Tendenz zeichnet sich auch in Deutschland ab. Es ist erfreulich, dass unsere bilaterale Zusammenarbeit in einigen Bereichen heute allmählich „auftaut“, sagte Netschajew.

Er vermerkte zudem, dass die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Beziehungen zwischen Russland und Deutschland früher besser gewesen seien. Nach dem

„Krim-Frühling“ seien verschiedene Kooperationsformate „eingefroren“ worden – und zwar nicht auf Initiative des Kremls.

„Wir sind generell gegen Sanktionen, gegen die Blockade eines Dialogs. Dies macht die kolossalen Bemühungen bei der jahrzehntelangen harten Arbeit zum Aufbau einer guten Partnerschaft zunichte“, betonte der Botschafter...

de.sputniknews.com: Kiewer „Fake-Revolution“ aus dem Ausland bezahlt - italienischer Vizepremier:

Der Machtwechsel in der Ukraine ist laut dem italienischen Vizepremierminister Matteo Salvini aus dem Ausland bezahlt worden.

So charakterisierte Salvini gegenüber der „Washington Post“ die Ereignisse des Jahres 2014 in der Ukraine, als es nach mehrmonatigen Protesten in Kiew zu einem gewaltsamen Machtsturz kam. Er stellte diese Ereignisse dem legitimen Referendum auf der Halbinsel Krim gegenüber, wo die absolute Mehrheit der Bürger für den Beitritt zu Russland gestimmt hatte.

„Vergleichen Sie das mit der Fake-Revolution in der Ukraine. Sie war im Wesentlichen eine Pseudorevolution, gesponsert von ausländischen Kräften“, sagte der Politiker.

Es gebe in der Welt einige historisch russische Zonen mit russischer Kultur und Traditionen, die legitim der Russische Föderation angehören würden.

"Dort wurde ein Referendum abgehalten und 90 Prozent der Menschen haben sich für die Rückkehr der Krim in die Russische Föderation ausgesprochen", antwortete der Politiker auf die Worte des Journalisten, dass die Abstimmung gefälscht worden sei.

Zuvor hatte Salvini erklärt, dass die italienischen Behörden in Brüssel die Aufhebung der antirussischen Sanktionen bis Ende des Jahres diskutieren wollen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32163/72/321637210.jpg>

Dan-news.info: „Der SBU hat Vertretern der DVR am 18. Juli die Leiche eines Mannes, des Einwohners von Donezk Andrej Gordejew übergeben, der 2014-2015 in der Volksmiliz war. Er machte über die sozialen Netze Bekanntschaft mit einer Frau aus Mariupol, entschied sich, sein weiteres Schicksal mit ihr zu verbinden und fuhr am 14. Juli zu ihr“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Das Kommando der DVR teilte mit, dass an der Leiche des Getöteten ein Kugeleinschlag an der linken Schulter und ein Austritt rechts an den Rippen zu sehen waren. Dies zeugt davon, dass dem Mann von oben in die Seite geschossen wurde. Es ist anzunehmen, dass er dabei wahrscheinlich kniete, seine Hände waren hinter dem Rücken. An den Händen waren tiefe Einschnitte zu sehen. Weitere Wunden von Feuerwaffen gibt es nicht.

Zuvor hatte das Kommando der OOS mitgeteilt, dass die Miliz angeblich den Mann mit

einem Schuss in den Rücken getötet hätte, als er versuchte auf die Seite der Ukraine überzugehen. Die Leiche des Mannes wurde in die Leichenhalle eines Krankenhauses in Mariupol gebracht. Die DVR hatte diese Information des Kommandos der OOS zuvor dementiert.

Ukrinform.ua: Kultbauten für Militärzwecke in der Ostukraine: US-Außenminister Mike Pompeo nennt das „inakzeptabel“.

US-Außenminister Mike Pompeo hat die Tatsache, dass die prorussischen Kräfte Kirchen der religiösen Minderheiten als Militärobjecte nutzen, als „inakzeptabel“ bezeichnet.

Das sagte er in einem Interview für Voice of America. Der Außenminister betonte weiter, dass die USA das ukrainische Volk nach wie vor unterstützt. „Unsere Administration nimmt eine sehr harte Position ein. Wir haben ukrainischen Kräften Hilfe geleistet, die die vorherige Administration verweigerte. Wir sind der Meinung, dass das Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung der Wahlen in der Ukraine 2019 schafft“, so Pompeo.

Die Terroristen in den besetzten Gebieten der Ostukraine richten in den Kultbauten Kasernen und Stäbe ein. Am 6. Juli 2018 schlossen sie eine protestantische Kirche in Makjewka, am 10. Juli eine Kirche des Kiewer Patriarchats der Ukrainischen Orthodoxen Kirche in Donezk und am 26. Juni eine Moschee in Donezk.

de.sputniknews.com: Traditionelle Sommerpressekonferenz: Merkel spricht von Trump und Putin.

Bei der Pressekonferenz am Freitag in Berlin hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel Stellung zum letzten Gipfeltreffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Donald Trump sowie zur ständigen Kritik des amerikanischen Präsidenten an Deutschland genommen.

Das zweite Treffen zwischen Putin und Trump bezeichnete die Bundeskanzlerin als begrüßenswert. „Immer wenn gesprochen wird, ist es gut für alle. Gerade zwischen diesen Ländern“.

Merkel kommentierte die ständigen Attacken des US-Präsidenten auf Berlin wegen der Militärausgaben sowie des angeblichen US-Handelsdefizits mit Deutschland. „Ich nehme das erstmal zur Kenntnis“, so die Kanzlerin.

Sie habe nicht „die Forschung nach der Motivation“ Trumps gemacht, sondern versuche „mit meinen Argumenten zu antworten“. „So versuche ich einfach, mich mit der Kritik auseinanderzusetzen, aber auch noch eigenständige souveräne Antworten zu geben“.

Zuvor hatte Trump Berlin wegen des Gaspipeline-Deals mit Moskau scharf kritisiert. Washington wolle „gegen Russland schützen“, Deutschland sei jedoch „vollständig von Russland kontrolliert“, weil es „60 bis 70 Prozent seiner Energie aus Russland und der neuen Pipeline“ bekommen würde.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen und im Jahr 2019 in Betrieb genommen werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32053/40/320534005.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Janukowitschs Ex-Pilot: Helikopter mit Präsident an Bord sollte abgeschossen werden.

Der Hubschrauber mit Präsident Viktor Janukowitsch an Bord, der nach dem Umsturz in Kiew im Februar 2014 von Charkow nach Donezk unterwegs war, sollte nach Angaben von Janukowitschs Pilot Arkadi Jaroschtschuk abgeschossen werden. Das schrieb Witali Serdjuk, Anwalt des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, am Freitag auf Facebook. Dabei berief er sich auf Angaben des Piloten selbst. Zuvor hatte sich ein ukrainisches Gericht geweigert, Serdjuk im Prozess gegen Janukowitsch aussagen zu lassen. Die ukrainische Justiz wirft dem Ex-Staatschef Hochverrat vor.

Zudem veröffentlichte der Anwalt ein Gespräch zwischen der Hubschrauber-Besatzung und einem militärischen Fluglotsen:

„Wichtige Mitteilung für Sie. Auf Anordnung des kommissarischen Präsidenten (Alexander Turtschinow – Anm. d. Redaktion) müssen sie nach Charkow umkehren. Sonst wird gezieltes Feuer auf Ihre Maschine eröffnet.“

Der Pilot habe geantwortet, das sei wegen komplizierter Wetterbedingungen nicht mehr möglich. Nach einer Wiederholung des Befehls habe der Lotse den Flug nach Donezk doch noch genehmigt, hieß es.

Jaroschtschuk teilte ferner mit, dass zur Gewährleistung der Sicherheit des Präsidenten noch vor dem Start beschlossen wurde, ihn an Bord einer Begleitmaschine auszufliegen. An Bord des Hubschraubers Nr. 1 seien Leibwächter geflogen.

Am 22. Februar brachte ein russisches Sondereinsatzteam Janukowitsch vom Gebiet Donezk auf die Schwarzmeer-Halbinsel Krim (damals noch ukrainisch – Anm. d. Red.) in Sicherheit. Derzeit lebt der ukrainische Ex-Präsident in russischem Exil.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31978/25/319782520.jpg>

de.sputniknews.com: Putin-Merkel-Telefonat: Internationale Fragen im Fokus – Kreml
Der russische Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben am Freitag miteinander telefoniert, wie der Kreml mitteilte.

„Ein Telefongespräch zwischen Russlands Präsident, Wladimir Putin, und der deutschen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, hat stattgefunden. Dabei wurden einige Fragen der internationalen Agenda sowie regionale Probleme besprochen“, hieß es.

Merkel hat am Freitag in Berlin ihre traditionelle Sommerpressekonferenz gegeben. Zu den zentralen Themen sollen neben dem Flüchtlingsproblem auch Fragen der Innen- und Außenpolitik gehört haben.

de.sputniknews.com: Südrussland: Unbekannte greifen Polizeistreife an - zwei Beamte erschossen.

In der südrussischen Provinz Dagestan haben Unbekannte eine Polizeistreife überfallen. Ein Polizeibeamter ist in Folge des Angriffes noch am Tatort gestorben, ein weiterer ist seinen schweren Verletzungen später erlegen.

Der Angriff hat sich in der Stadt Kizilurt der islamisch geprägten Provinz Dagestan im Süden Russlands ereignet.

Wie eine Quelle in den Sicherheitskreisen der Provinz gegenüber Sputnik aussagte, seien die Angreifer auf der Flucht.

„Unbekannte haben auf der Straße in der Nähe der Stadt Kizilurt eine Einheit der Verkehrspolizei angegriffen. In Folge des Gefechtes wurde ein Polizist getötet, ein anderer wurde schwer verletzt“, sagte die Quelle zunächst.

Später wurde präzisiert, dass auch der schwer verletzte Beamte gestorben ist.

Im Moment ist noch nicht bekannt, ob der Angriff in Verbindung mit islamistischen Terrorgruppierungen stehen könnte.

Die gesamte Mannschaftsstärke des Innenministeriums in der Provinz sei alarmiert worden und würde nach den Angreifern suchen.

In der südrussischen, islamisch geprägten Republik Dagestan kommt es immer wieder zu Anti-Terror-Einsätzen russischer Spezialkräfte, nicht selten sind diese Operationen gegen Anhänger des IS gerichtet.

de.sputniknews.com: Im Wert von 200 Mio. Dollar: **USA beginnen mit Lieferungen von**

Kriegstechnik an Kiew.

Das US-Verteidigungsministerium soll mit der Bereitstellung von 200 Millionen Dollar für die ukrainischen Streitkräfte begonnen haben. Damit soll amerikanische Kriegstechnik eingekauft werden. Dies teilte die ukrainische Botschaft in Washington am Freitag mit. „Die entsprechenden Institutionen des Verteidigungsministeriums der USA haben bereits die Verfahren der Vertragsabschlüsse für die Lieferung der Militärtechnik sowie für die Erbringung von Dienstleistungen für die ukrainische Verteidigungsindustrie im Jahr 2018 begonnen“, heißt es in der Mitteilung.

Die Botschaft verwies darauf, die Vereinigten Staaten hätten die Entscheidung getroffen, 200 Millionen US-Dollar für die Stärkung der Sicherheit und der Verteidigung der Ukraine im Haushaltsjahr 2018 bereitzustellen. Die Finanzmittel sollen für die Bereitstellung von Militärtechnik und von Militärausrüstung, anderer Ausrüstung und militärischen Dienstleistungen sowie für logistische Versorgung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte ausgegeben werden.

Laut der Mitteilung zeugt die Entscheidung Washingtons, die Finanzmittel durch das Pentagon 2018 zuzuweisen, von der Unveränderlichkeit der US-Position in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine und von der Anerkennung dessen, dass Kiew sich konsequent auf dem Weg der Reformen des Sicherheits- und Verteidigungssektors weiter bewegt.

Russland hatte mehrmals vor Waffenlieferungen an die Ukraine gewarnt und betont, dass dies nur zur Eskalation des Konfliktes im Donbass führen würde. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte darauf hingewiesen, Waffenlieferungen von außen würden nicht zur Beilegung des Konflikts im Donbass und zur Umsetzung der Minsker Abkommen beitragen. Laut dem russischen Vizeaußenminister Grigori Karassin ist Moskau wegen der geplanten Lieferung von letalen Waffen an die Ukraine besorgt.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich seit 2014 im Zuge der Ukraine-Krise rapide verschlechtert. Der Westen hatte Russland vorgeworfen, sich in die innenpolitischen Angelegenheiten der Ukraine einzumischen, und Sanktionen verhängt. Moskau hat wiederholt betont, Russland sei keine Partei des innerukrainischen Konfliktes; es beteilige sich nicht am Geschehen im Donbass und sei daran interessiert, dass die Ukraine ihre politische und wirtschaftliche Krise überwinden würde.